

Die Tarifaueinandersetzungen in Europa zeigen in den Jahren 2003 und 2004 ein sehr gemischtes Bild. Vor dem Hintergrund einer starken konjunkturellen Depression ist es 2003 in den meisten alten EU-Staaten gelungen, die nationalen Verteilungsspielräume auszuschöpfen. Für 2004 ist allerdings zu befürchten, dass die Lohnentwicklung vielfach wieder hinter dem Produktivitätszuwachs zurückbleibt und damit keinen Beitrag dazu leistet, dem sich abzeichnenden Aufschwung durch eine Stärkung der nach wie vor äußerst schwachen Binnenkonjunktur mehr Dynamik zu verleihen. In den neuen EU-Staaten kann ein starker lohnpolitischer Aufholprozess beobachtet werden, der allerdings gerade in den letzten Jahren hinter der ökonomischen Leistungsfähigkeit zurückbleibt.

## 1 Ökonomische Rahmenbedingungen der Tarifpolitik

In den alten EU-Staaten<sup>1</sup> haben die Tarifaueinandersetzungen in den Jahren 2003 und 2004 unter äußerst schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen statt-

gefunden (Tabelle 1).<sup>2</sup> Im Jahre 2003 erreichte die konjunkturelle Entwicklung in der EU 15 ihren Tiefpunkt. Mit einem durchschnittlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von lediglich 0,8% wurden die ebenfalls geringen Wachstumsraten der Jahre 2001 und 2002 noch einmal untertroffen. Insgesamt handelte es sich um die niedrigste Wachstumsrate seit der letzten zyklischen Krise im Jahre 1993. Dabei bestanden allerdings zwischen den ein-

zelnen Ländern erhebliche Unterschiede. Während insbesondere Griechenland, Spanien und Großbritannien nach wie vor über ein recht robustes Wachstum verfügten, sind Deutschland, die Niederlande und Portugal mit negativen Wachstumsraten offen in eine Rezession gerutscht.

Getragen von einer allgemeinen weltwirtschaftlichen Erholung (insbesondere in den USA) wird im Jahr 2004 auch in den exportorientierten EU-Ökonomien wieder mit einem erneuten Aufschwung gerechnet, der im Vergleich zu den anderen Weltregionen jedoch eher moderat ausfällt.<sup>3</sup> Nach Prognosen der Europäischen Kommission wird 2004 das BIP in der alten EU durchschnittlich um 2,0% wachsen. Die Spannweite reicht dabei von prognostizierten 4,0% in Griechenland und 0,8% in

**Tabelle 1: Wachstum und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union 2000-2004**

	Bruttoinlandsprodukt <sup>1)</sup>					Arbeitslosenquote <sup>2)</sup>				
	2000	2001	2002	2003	2004	2000	2001	2002	2003	2004
<b>Alte EU-Staaten (EU 15)</b>										
Belgien	3,8	0,6	0,7	1,1	2,0	6,9	6,7	7,3	8,1	8,3
Dänemark	2,8	1,6	1,0	0,0	2,1	4,4	4,3	4,6	5,6	5,8
<b>Deutschland</b>	<b>2,9</b>	<b>0,8</b>	<b>0,2</b>	<b>-0,1</b>	<b>1,5</b>	<b>7,8</b>	<b>7,8</b>	<b>8,6</b>	<b>9,3</b>	<b>9,1</b>
Finnland	5,1	1,1	2,3	1,9	2,6	9,8	9,1	9,1	9,0	8,9
Frankreich	3,8	2,1	1,2	0,2	1,7	9,3	8,5	8,8	9,4	9,6
Griechenland	4,4	4,0	3,9	4,2	4,0	11,0	10,4	10,0	9,3	8,4
Großbritannien	3,8	2,1	1,6	2,2	3,0	5,4	5,0	5,1	5,0	5,0
Irland	10,1	6,2	6,9	1,2	3,7	4,3	3,9	4,3	4,6	5,0
Italien	3,0	1,8	0,4	0,3	1,2	10,4	9,4	9,0	8,7	8,6
Luxemburg	9,1	1,2	1,3	1,8	2,4	2,3	2,1	2,8	3,7	3,4
Niederlande	3,5	1,2	0,2	-0,8	1,0	2,9	2,5	2,7	3,8	5,3
Österreich	3,4	0,8	1,4	0,7	1,8	3,7	3,6	4,3	4,4	4,5
Portugal	3,4	1,7	0,4	-1,3	0,8	4,1	4,1	5,1	6,4	6,8
Schweden	4,3	0,9	2,1	1,6	2,3	5,6	4,9	4,9	5,6	6,1
Spanien	4,2	2,8	2,0	2,4	2,8	11,3	10,6	11,3	11,3	10,9
<b>EU 15</b>	<b>3,6</b>	<b>1,7</b>	<b>1,1</b>	<b>0,8</b>	<b>2,0</b>	<b>7,8</b>	<b>7,4</b>	<b>7,7</b>	<b>8,0</b>	<b>8,1</b>
<b>Neue EU-Staaten (EU 10)</b>										
Estland	7,3	6,5	6,0	4,8	5,4	12,5	11,8	10,5	10,0	9,7
Lettland	6,8	7,9	6,1	7,5	6,2	13,7	12,9	12,6	10,5	10,3
Litauen	4,0	6,5	6,8	8,9	6,9	15,7	16,1	13,6	12,7	11,5
Malta	6,4	-1,2	1,7	0,4	1,4	7,0	6,7	7,5	8,2	8,6
Polen	4,0	1,0	1,4	3,7	4,6	16,4	18,5	19,8	19,8	19,6
Slowakei	2,0	3,8	4,4	4,2	4,0	18,7	19,4	18,7	17,1	16,5
Slowenien	4,1	2,9	2,9	2,3	3,2	6,6	5,8	6,1	6,5	6,4
Tschechien	3,3	3,1	2,0	2,9	2,9	8,7	8,0	7,3	7,8	8,2
Ungarn	5,2	3,8	3,5	2,9	3,2	6,3	5,6	5,6	5,8	5,7
Zypern	5,0	4,0	2,0	2,0	3,4	5,2	4,4	3,9	4,4	4,1
<b>EU 10</b>	<b>4,1</b>	<b>2,5</b>	<b>2,4</b>	<b>3,6</b>	<b>4,0</b>	<b>13,6</b>	<b>14,5</b>	<b>14,8</b>	<b>14,3</b>	<b>14,1</b>

1) Bruttoinlandsprodukt = Veränderung des BIP in % gegenüber dem Vorjahr;  
2) Arbeitslosenquote = Anzahl der Arbeitslosen in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (Eurostat-Definition);  
Angaben für 2004 = Frühjahrsprognose 2004 der Europäischen Kommission

Quelle: Europäische Kommission (2004a)

WSI Hans Böckler Stiftung

1 Die Begriffe „alte“ EU-Staaten oder „EU 15“ werden im Folgenden für die 15 Länder benutzt, die bis zum Mai 2004 die EU bildeten. Unter den „neuen“ EU-Staaten oder „EU 10“ werden dagegen die 10 Länder subsumiert, die im Mai 2004 der EU beigetreten sind.

2 Im Folgenden wird, falls nicht anders ausgewiesen, auf Daten aus der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission zurückgegriffen (Europäische Kommission 2004a). Bei den Angaben für 2004 handelt es sich um Prognosen aus dem Frühjahrsgutachten der Europäischen Kommission (Europäische Kommission 2004b).

3 Zur Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2004 vgl. die Prognosen bei Bartsch u.a. (2003), Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute (2004) und Europäische Kommission (2004b).

Thorsten Schulten, Dr., ist Leiter des Referats für Arbeits- und Tarifpolitik in Europa beim WSI in der Hans Böckler Stiftung.  
e-mail: Thorsten-Schulten@boeckler.de

**Tabelle 2: Preise, Arbeitsproduktivität und neutraler Verteilungsspielraum in der Europäischen Union 2000-2004**

	Preise <sup>1)</sup>					Arbeitsproduktivität <sup>2)</sup>					Neutraler Verteilungsspielraum <sup>3)</sup>				
	2000	2001	2002	2003	2004	2000	2001	2002	2003	2004	2000	2001	2002	2003	2004
<b>Alte EU-Staaten (EU 15)</b>															
Belgien	2,3	2,5	1,7	1,8	1,5	1,9	-0,8	1,0	1,5	1,6	4,2	1,7	2,7	3,3	3,1
Dänemark	2,6	2,5	2,1	1,8	1,8	2,3	1,2	1,6	1,4	2,0	4,9	3,7	3,7	3,2	3,8
<b>Deutschland</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>1,1</b>	<b>0,4</b>	<b>0,8</b>	<b>1,0</b>	<b>1,6</b>	<b>2,6</b>	<b>2,0</b>	<b>2,1</b>	<b>2,0</b>	<b>2,9</b>
Finnland	3,6	3,5	3,1	1,7	0,6	2,8	-0,4	1,3	2,3	2,5	6,4	3,1	4,4	4,0	3,1
Frankreich	1,5	1,6	2,0	1,5	1,7	1,1	0,3	0,5	0,1	1,7	2,6	1,9	2,5	1,6	3,4
Griechenland	3,3	3,3	3,4	3,5	3,4	4,2	4,4	3,8	1,9	2,3	7,5	7,7	7,2	5,4	5,7
Großbritannien	1,1	2,2	1,3	1,5	1,8	2,4	1,4	0,9	1,3	2,6	3,5	3,6	2,2	2,8	4,4
Irland	4,1	4,3	6,0	3,8	1,8	5,2	3,1	5,5	-0,5	2,9	9,3	7,4	11,5	3,3	4,7
Italien	2,9	2,8	3,1	2,5	2,3	1,3	0,1	-0,9	-0,2	0,9	4,2	2,9	2,2	2,3	3,2
Luxemburg	2,6	3,3	2,3	2,1	1,7	3,3	-4,2	-1,8	-0,2	1,4	5,9	-0,9	0,5	1,9	3,1
Niederlande	3,3	4,7	3,1	2,0	1,0	1,6	-0,1	0,0	0,2	2,3	4,9	4,6	3,1	2,2	3,3
Österreich	1,4	2,2	1,1	1,8	1,4	2,4	0,1	1,4	0,5	1,4	3,8	2,3	2,5	2,3	2,8
Portugal	3,3	3,8	4,2	3,4	2,0	1,2	0,4	0,1	-0,5	0,6	4,5	4,2	4,3	2,9	2,6
Schweden	1,2	2,4	1,8	2,5	1,0	1,9	-1,0	1,9	1,9	2,8	3,1	1,4	3,7	4,4	3,8
Spanien	3,2	3,3	3,5	3,1	2,5	0,6	0,4	0,5	0,6	0,6	3,8	3,7	4,0	3,7	3,1
<b>EU 15</b>	<b>2,0</b>	<b>2,3</b>	<b>2,1</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>	<b>1,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,6</b>	<b>0,7</b>	<b>1,6</b>	<b>3,5</b>	<b>2,8</b>	<b>2,7</b>	<b>2,5</b>	<b>3,4</b>
<b>Neue EU-Staaten (EU 10)</b>															
Estland	3,9	5,7	3,4	1,3	2,8	10,5	5,6	4,4	4,4	5,0	14,4	11,3	7,8	5,7	7,8
Lettland	2,5	4,8	0,1	3,5	3,0	10,1	5,6	4,4	7,0	5,7	12,6	8,4	4,5	10,5	8,7
Litauen	-2,1	2,3	-0,9	-1,1	1,0	8,0	11,0	2,7	7,3	5,5	5,9	13,3	1,8	6,2	6,5
Malta	1,5	3,1	1,0	1,3	2,7	4,0	-2,9	2,1	1,9	1,7	5,5	0,2	3,1	3,2	4,4
Polen	9,0	6,6	1,6	0,7	2,6	6,4	1,7	3,7	4,9	4,2	15,4	8,3	5,3	5,6	6,8
Slowakei	10,0	7,7	0,6	7,7	7,3	3,9	3,2	5,5	2,4	3,4	13,9	10,9	6,1	10,1	10,7
Slowenien	8,4	8,1	7,6	5,4	3,9	0,3	2,4	3,5	3,8	3,1	8,7	10,5	11,1	9,2	7,0
Tschechien	7,0	2,5	1,8	0,1	2,6	-4,4	1,6	1,2	3,7	3,3	2,6	4,1	3,0	3,8	5,9
Ungarn	9,1	8,2	3,8	4,7	6,9	3,9	3,2	2,9	2,4	2,6	13	11,4	6,7	7,1	9,5
Zypern	2,9	1,3	3,0	4,0	2,2	2,1	2,1	0,6	1,5	2,7	5,0	3,4	3,6	5,5	4,9
<b>EU 10</b>	<b>7,9</b>	<b>5,9</b>	<b>2,1</b>	<b>1,9</b>	<b>3,5</b>	<b>4,2</b>	<b>2,5</b>	<b>3,1</b>	<b>4,0</b>	<b>3,7</b>	<b>12,1</b>	<b>8,4</b>	<b>5,2</b>	<b>5,9</b>	<b>7,2</b>

1) Preise = Deflator des privaten Verbrauchs, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr  
 2) Arbeitsproduktivität = Reales BIP pro Kopf, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr  
 3) Neutraler Verteilungsspielraum = Summe aus Preis- und Arbeitsproduktivitätsentwicklung  
 Angaben für 2004 = Frühjahrsprognose 2004 der Europäischen Kommission

Quelle: Europäische Kommission (2004a), eigene Berechnungen

WSI Hans Böckler Stiftung

Portugal. Für Deutschland, das in den letzten Jahren oft die europäische Schlusslichtposition einnahm, wird mit 1,5 % wiederum nur ein Wachstum deutlich unterhalb des EU-15-Durchschnitts prognostiziert.

Anders sieht die konjunkturelle Lage in den neuen EU-Staaten aus. Die Wachstumsraten des BIP lagen hier bereits seit Mitte der 90er Jahre kontinuierlich über dem Durchschnitt der alten EU-Staaten und deuten auf einen anhaltenden ökonomischen Aufholprozess. Während im Jahr 2003 in der alten EU 15 eher rezessive Tendenzen dominierten, hat sich das Wachstum in der neuen EU 10 mit durchschnittlich 3,6 % noch einmal kräftig erhöht. Mit prognostizierten 4 % scheint sich dieser Trend auch im Jahr 2004 fortzusetzen. Die höchsten Wachstumsraten gab es dabei in den baltischen Staaten, gefolgt von Polen und der Slowakei, während Malta am ehesten dem konjunkturellen Bild der alten EU-Staaten entsprach (Tabelle 1).

Das schwache gesamtwirtschaftliche Wachstum in der alten EU hat sich auch negativ auf die Lage auf dem Arbeitsmarkt ausgewirkt. So kam es im Jahr 2003 in der Mehrzahl der alten EU-Staaten zu einem teilweise deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit (Tabelle 1). Im Durchschnitt der EU 15 erhöhte sich die Arbeitslosenquote auf 8,0 %. Mit Arbeitslosenquoten von unter 5 % bildeten dabei Luxemburg, Österreich, Irland und die Niederlande das unter Ende, während Spanien, Frankreich, Deutschland und Griechenland mit teilweise deutlich mehr als 9 % die höchsten Arbeitslosenquoten aufwiesen. Der für 2004 erwartete konjunkturelle Aufschwung wird nach Einschätzung der Europäischen Kommission weitgehend am Arbeitsmarkt vorbeigehen und insgesamt zu keinem Rückgang der Arbeitslosenzahlen führen. Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen liegt demnach in der EU 15 weiterhin bei mehr als 14 Mio..

Im Vergleich zur alten EU ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt in den neuen EU-

Staaten mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 14,3 % (im Jahre 2003) noch einmal deutlich schlechter. Auch das relativ hohe Wachstum in diesen Ländern hat in den letzten Jahren nur zu einem mäßigen Rückgang der Arbeitslosigkeit geführt. Die Unterschiede zwischen den neuen EU-Staaten sind hingegen noch ausgeprägter als in der alten EU. Mit einer Arbeitslosenquote von fast 20 % hält Polen den Negativrekord, gefolgt von der Slowakei und den baltischen Staaten. Dagegen liegt in Slowenien, Ungarn und Zypern die Arbeitslosenquote mit Werten zwischen 4,5 % und 6,5 % sogar deutlich unterhalb des Durchschnitts der alten EU. Insgesamt leben in den neuen EU-Staaten mehr als 5 Mio. offiziell registrierte Arbeitslose, so dass sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen innerhalb der erweiterten EU auf mehr als 19 Mio. addiert.

Neben der allgemeinen Konjunktur-entwicklung und der Lage auf dem Arbeitsmarkt werden die Tarifauseinander-

setzungen in den meisten europäischen Ländern vor allem durch die Entwicklung der Preise und der Arbeitsproduktivität geprägt (Tabelle 2). Die Summe beider Indikatoren bildet den sogenannten neutralen Verteilungsspielraum, dessen Ausschöpfung durch entsprechende Lohnerhöhungen die Voraussetzung dafür bietet, dass die Beschäftigten an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung gleichgewichtig partizipieren können und das Verhältnis zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen konstant bleibt.<sup>4</sup> Dementsprechend stellen Preis- und Produktivitätsentwicklung in den meisten europäischen Ländern die wichtigsten ökonomischen Referenzgrößen bei der Aufstellung gewerkschaftlicher Tarifforderungen dar. Die Ausschöpfung des nationalen Verteilungsspielraumes ist zudem vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und anderen europäischen Gewerkschaftsorganisationen als grundlegende Orientierungsrichtlinie für eine europaweite Koordinierung der Tarifpolitik akzeptiert worden, um auf diese Weise ein gegenseitiges Lohndumping in Europa zu verhindern.<sup>5</sup>

Gegenüber den Vorjahren war die Entwicklung der (Konsumenten-)Preise mit 1,8 % im Jahr 2003 und prognostizierten 1,8 % im Jahr 2004 im Durchschnitt der alten EU weiter rückläufig. Vor allem die großen europäischen Länder wie Frankreich und Großbritannien waren mit besonders niedrigen Preissteigerungsraten konfrontiert. In Deutschland, das im Durchschnitt der letzten vier Jahre die mit Abstand niedrigsten Steigerungsraten zu verzeichnen hatte, hat sich die Preisentwicklung zeitweilig sogar am Rande einer Deflation bewegt (Hein u.a. 2004). Andere Länder wie Griechenland, Irland, Portugal und Spanien verfügten dagegen 2003 noch über Preissteigerungsraten von über 3 %. Im Jahr 2004 scheinen sich die Preissteigerungen einander anzunähern, mit leicht höheren Preissteigerungsraten in den großen und einem zum Teil deutlichen Rückgang der Preisentwicklung in den kleineren EU-Staaten.

Die meisten neuen EU-Staaten hatten noch in den 90er Jahren mit vielfach zweistelligen Preissteigerungsraten mit großen Inflationsproblemen zu kämpfen. Mittlerweile hat sich auch in diesen Ländern die Preisentwicklung deutlich verlangsamt. In den Jahren 2002 und 2003 entsprach die durchschnittliche Preissteigerungsrate in den neuen EU-Staaten mit 1,9 % sogar bei-

nah exakt dem Durchschnitt der alten EU. Allerdings existieren nicht nur zwischen den neuen EU-Staaten erhebliche Unterschiede. Die Preisentwicklung unterliegt teilweise auch innerhalb einiger Länder von Jahr zu Jahr noch recht großen Schwankungen. Angesichts der relativ hohen Wachstumserwartungen wird für das Jahr 2004 vielen neuen EU-Staaten wieder eine höhere Preissteigerungsrate prognostiziert (Tabelle 2).

Im Jahr 2003 verharnte das Wachstum der Arbeitsproduktivität im Durchschnitt der alten EU 15 mit nur 0,7 % auf ähnlich niedrigem Niveau wie in den beiden Vorjahren. Irland, Italien, Luxemburg und Portugal mussten sogar einen Rückgang der Produktivität hinnehmen. Demgegenüber konnten Finnland, Griechenland und Schweden die größten Produktivitätszuwächse verzeichnen. Für 2004 prognostiziert die Europäische Kommission allgemein einen deutlichen Anstieg der Produktivität von durchschnittlich 1,6 %, der sich in einer Spannweite von 0,6 % in Portugal und Spanien und 2,9 % in Irland bewegt.

In den neuen EU-Staaten liegt das Produktivitätswachstum erwartungsgemäß deutlich über dem Niveau der alten EU. Mit einem durchschnittlichen Zuwachs von 4,0 % hat sich die Produktivitätsentwicklung im Jahr 2003 gegenüber den Vorjahren stark beschleunigt. Dabei konnten Lettland und Litauen mit Produktivitätszuwächsen von über 7,0 % die höchsten Werte vorweisen. Auch für 2004 wird den neuen EU-Staaten ein anhaltend hohes Produktivitätswachstum von durchschnittlich 3,7 % prognostiziert.

Aus der Gesamtsumme von Preis- und Produktivitätsentwicklung ergibt sich im Durchschnitt für die alten EU-Staaten ein neutraler Verteilungsspielraum von 2,5 % im Jahr 2003 und 3,4 % im Jahr 2004. Die entsprechenden Daten für die neuen EU-Staaten belaufen sich auf 5,9 % (2003) und 7,2 % (2004). Die für die Tarifaufsetzungen entscheidenden nationalen Verteilungsspielräume weisen dagegen entsprechend den aktuellen ökonomischen Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern erhebliche Unterschiede auf. Die – vor allem aufgrund der hohen Preissteigerungsraten – größten nominalen Verteilungsspielräume von 9 %-10,5 % finden sich in Lettland, der Slowakei und Slowenien. Die geringsten Verteilungsspielräume existierten demgegenüber in Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Österreich.

## 2 Lohnentwicklung und Ausschöpfung nationaler Verteilungsspielräume

Da bis heute immer noch keine verlässliche Statistik über die Entwicklung der Tariflöhne in Europa vorliegt,<sup>6</sup> kann die Frage, inwieweit es den europäischen Gewerkschaften gelungen ist, mit den von ihnen durchgesetzten Tarifvereinbarungen die jeweiligen nationalen Verteilungsspielräume auszuschöpfen, nicht vollständig beantwortet werden. Die im Folgenden verwendeten Daten beziehen sich ausschließlich auf die Entwicklung der Effektivlöh-

4 Die Definition des neutralen Verteilungsspielraums als Summe aus Preis- und Produktivitätsentwicklung ist in der Wirtschaftswissenschaft weitgehend Konsens. Strittig ist hingegen die Frage, welche Indikatoren insbesondere für die Preisentwicklung verwendet werden. Gegenüber möglichen alternativen Indikatoren (wie z.B. der Kerninflationsrate, der EZB-Zielinflationsrate oder der Entwicklung der Erzeugerpreise) wird im Folgenden der aus Arbeitnehmersicht bedeutsamste Indikator, nämlich die Entwicklung der Konsumentenpreise, verwendet.

5 Zu den verschiedenen Ansätzen einer europäischen Koordinierung der Lohn- und Tarifpolitik vgl. Schulten (2004a).

6 Seit einigen Jahren veröffentlicht das *European Industrial Relations Observatory* (EIRO) regelmäßig Daten über die Entwicklung der Tariflöhne in Europa (vgl. zuletzt Carley 2004a). Eine Überprüfung der von EIRO verwendeten nationalen Ursprungsdaten macht jedoch deutlich, dass diese große methodische Mängel aufweisen und nicht miteinander vergleichbar sind. Zum einen werden in den EIRO-Daten mitunter sehr unterschiedliche Bereiche und Zeiträume erfasst. Zum anderen werden aufgrund fehlender nationaler Tariflohnstatistiken oft Datenquellen verwendet, die faktisch keine Tarif- sondern Effektivlohnentwicklungen darstellen. Neben dem EIRO bemüht sich auch der *Europäische Gewerkschaftsbund* in einem jährlichen Bericht um die Erfassung von Tariflohnsteigerungen (vgl. zuletzt ETUC 2003). Die hier verwendeten Daten, die auf Angaben der nationalen Gewerkschaftsverbände beruhen, sind wegen ihrer sehr unterschiedlichen und intransparenten Erfassungsmethoden jedoch ebenfalls kaum miteinander vergleichbar und zudem recht unvollständig. Schließlich hat die *Europäische Zentralbank* einen eigenen Tariflohnindex für die Eurozone entwickelt, mit dem sie regelmäßig Daten über Tariflohnsteigerungen berechnet (vgl. z.B. EZB 2004, S. S44). Allerdings werden von der EZB bislang nur Tariflohnstatistiken für die gesamte Eurozone, nicht jedoch für die einzelnen nationalen Mitgliedstaaten, publiziert.

**Tabelle 3: Lohnentwicklung und Verteilungsbilanz in der Europäischen Union 2000-2004**

	Nominallöhne <sup>1)</sup>					Reallöhne <sup>2)</sup>					Verteilungsbilanz <sup>3)</sup>				
	2000	2001	2002	2003	2004	2000	2001	2002	2003	2004	2000	2001	2002	2003	2004
<b>Alte EU-Staaten (EU 15)</b>															
Belgien	2,1	3,6	4,3	2,3	2,8	-0,2	1,1	2,6	0,5	1,3	-2,1	1,9	1,6	-1,0	-0,3
Dänemark	3,7	5,0	3,6	3,7	3,5	1,1	2,5	1,5	1,9	1,7	-1,2	1,3	-0,1	0,5	-0,3
<b>Deutschland</b>	<b>2,1</b>	<b>1,7</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>1,6</b>	<b>0,6</b>	<b>0,1</b>	<b>0,2</b>	<b>0,6</b>	<b>0,3</b>	<b>-0,5</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,6</b>	<b>-0,4</b>	<b>-1,3</b>
Finnland	3,7	4,7	1,9	3,4	3,3	0,1	1,2	-1,2	1,7	2,7	-2,7	1,6	-2,5	-0,6	0,2
Frankreich	2,3	2,6	2,8	2,6	2,3	0,8	1,0	0,8	1,1	0,6	-0,3	0,7	0,3	1,0	-1,1
Griechenland	5,8	5,3	8,7	7,6	7,0	2,5	2,0	5,3	4,1	3,6	-1,7	-2,4	1,5	2,2	1,3
Großbritannien	5,6	5,1	3,5	4,3	5,0	4,5	2,9	2,2	2,8	3,2	2,1	1,5	1,3	1,5	0,6
Irland	8,1	9,0	5,2	5,1	5,0	4,0	4,7	-0,8	1,3	3,2	-1,2	1,6	-6,3	1,8	0,3
Italien	3,1	3,2	2,5	3,8	3,2	0,2	0,4	-0,6	1,3	0,9	-1,1	0,3	0,3	1,5	0,0
Luxemburg	4,7	3,7	3,1	2,7	2,0	2,1	0,4	0,8	0,6	0,3	-1,2	4,6	2,6	0,8	-1,1
Niederlande	4,7	5,5	4,9	5,1	2,7	1,4	0,8	1,8	3,1	1,7	-0,2	0,9	1,8	2,9	-0,6
Österreich	2,2	1,4	2,2	2,7	2,6	0,8	-0,8	1,1	0,9	1,2	-1,6	-0,9	-0,3	0,4	-0,2
Portugal	6,7	5,7	4,0	3,3	2,3	3,4	1,9	-0,2	-0,1	0,3	2,2	1,5	-0,3	0,4	-0,3
Schweden	7,5	4,5	2,7	2,4	3,4	6,3	2,1	0,9	-0,1	2,4	4,4	3,1	-1,0	-2,0	-0,4
Spanien	3,7	3,8	3,9	4,2	3,5	0,5	0,5	0,4	1,1	1,0	-0,1	0,1	-0,1	0,5	0,4
<b>EU 15</b>	<b>3,5</b>	<b>3,4</b>	<b>2,9</b>	<b>3,1</b>	<b>2,9</b>	<b>1,5</b>	<b>1,1</b>	<b>0,8</b>	<b>1,3</b>	<b>1,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,6</b>	<b>0,2</b>	<b>0,6</b>	<b>-0,5</b>
<b>Neue EU-Staaten (EU 10)</b>															
Estland	9,7	7,5	6,7	10,1	9,4	5,8	1,8	3,3	8,8	6,6	-4,7	-3,8	-1,1	4,4	1,6
Lettland	6,9	3,4	4,4	7,0	7,0	4,4	0,6	4,3	3,5	4,0	-5,7	-5,0	-0,1	-3,5	-1,7
Litauen	0,0	3,4	3,4	5,9	5,8	2,1	1,1	4,3	7,0	4,8	-5,9	-9,9	1,6	-0,3	-0,7
Malta	2,1	6,5	2,3	1,4	1,3	0,6	3,4	1,3	0,1	-1,4	-3,4	6,3	-0,8	-1,8	-3,1
Polen	1,8	13,3	4,2	1,5	3,0	-7,2	6,7	2,6	0,8	0,4	-13,6	5,0	-1,1	-4,1	-3,8
Slowakei	12,8	6,3	10,1	6,3	6,5	2,8	-1,4	9,5	-1,4	-0,8	-1,1	-4,6	4,0	-3,8	-4,2
Slowenien	15,1	11,6	10,5	7,5	6,5	6,7	3,5	2,9	2,1	2,6	6,4	1,1	-0,6	-1,7	-0,5
Tschechien	3,0	9,2	6,4	4,0	4,0	-4,0	6,7	4,6	3,9	1,4	0,4	5,1	3,4	0,2	-1,9
Ungarn	15,6	15,6	11,3	12,9	8,0	6,5	7,4	7,5	8,2	1,1	2,6	4,20	4,6	5,8	-1,5
Zypern	7,2	4,7	5,3	4,9	4,3	4,3	3,4	2,3	0,9	2,1	2,2	1,3	1,7	-0,6	-0,6
<b>EU 10</b>	<b>6,3</b>	<b>11,5</b>	<b>6,0</b>	<b>4,8</b>	<b>4,8</b>	<b>-1,6</b>	<b>5,6</b>	<b>3,9</b>	<b>2,9</b>	<b>1,3</b>	<b>-5,8</b>	<b>3,1</b>	<b>0,8</b>	<b>-1,1</b>	<b>-2,4</b>

1) Nominallöhne = Nominaleinkommen aus unselbständiger Arbeit (einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) pro Kopf, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr;  
 2) Reallöhne = Nominaleinkommen aus unselbständiger Arbeit (einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) pro Kopf abzüglich Preisentwicklung (Deflator des privaten Verbrauchs), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (vgl. Tabelle 2);  
 3) Verteilungsbilanz = Saldo des jährlichen Nominallohnzuwachs und dem neutralen Verteilungsspielraum (vgl. Tabelle 2), in Prozentpunkten.  
 Angaben für 2004 = Frühjahrsprognose 2004 der Europäischen Kommission

Quelle: Europäische Kommission (2004a), eigene Berechnungen

WSI Hans Böckler Stiftung

ne,<sup>7</sup> wobei mitunter eine erhebliche Lohn-drift zwischen Tarif- und Effektivlohnentwicklung bestehen kann, die zum Teil in der jeweils unterschiedlichen Funktions- und Reichweite der nationalen Tarifvertragssysteme begründet liegt, zum anderen aber auch durch die Bedeutung übertariflicher Zulagen auf Unternehmensebene sowie die Entwicklung der effektiven Arbeitszeiten (Feiertage, Überstunden usw.) beeinflusst wird.<sup>8</sup>

In den alten EU-Staaten war die jährliche Steigerung der Nominallöhne in den letzten Jahren relativ konstant. Im Jahr 2003 betrug der durchschnittliche Zuwachs 3,1 % gegenüber 2,9 % im Vorjahr und ebenfalls erwarteten 2,9 % 2004 (Tabelle 3). Die mit Abstand höchsten Nominallohnsteigerungen hat in den letzten beiden Jahren mit 7,6 % (2003) und 7,0 % (2004) Griechenland zu verzeichnen, gefolgt von Irland und Großbritannien mit Werten zwischen 4 % und 5 %. Für die Niederlande, die 2003 mit einer Nominallohnerhöhung von 5,1 % ebenfalls noch zur eu-

ropäischen Spitzengruppe gehörten, wird im Jahr 2004 ein relativ starker Rückgang der Nominallohnzuwachsrate auf 2,7 % prognostiziert.<sup>9</sup> Eher unterhalb des EU-15-Durchschnitts lagen die Nominallohnerhöhungen 2003 und 2004 in Belgien, Frankreich, Luxemburg und Österreich, wobei Deutschland mit einem Zuwachs von jeweils nur 1,6 % wie schon in den meisten Vorjahren die mit Abstand niedrigsten Nominallohnzuwächse verzeichnete (Schulten 2002).

In den neuen EU-Staaten kam es im Durchschnitt zu deutlich höheren Nominallohnzuwächsen als in der alten EU. Mit 4,8 % im Jahr 2003 und prognostizierten 4,8 % für 2004 weisen die Nominallohnerhöhungen gegenüber den Vorjahren jedoch einen deutlich rückläufigen Trend auf, der in erster Linie ein Ergebnis der geringeren Preissteigerungsraten sein dürfte. Die größten Nominallohnzuwächse gab es mit 12,9 % (2003) und 8,0 % (2004) in Ungarn gefolgt von Estland, Lettland und Slowenien. Die geringsten Nominallohnerhöhun-

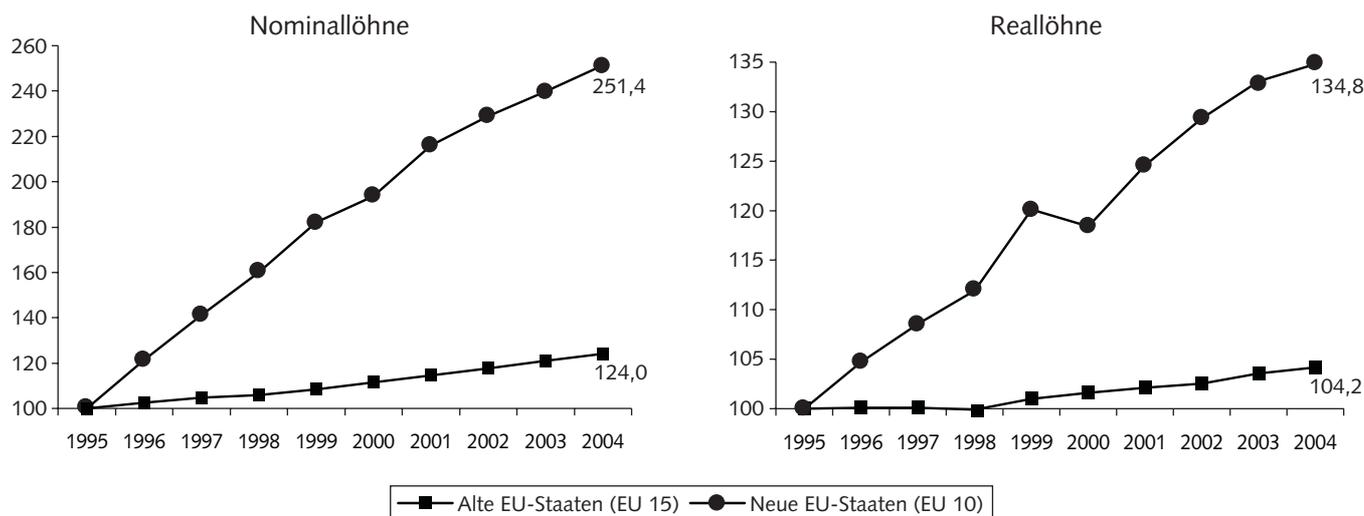
gen hatten dagegen Malta und Polen zu verzeichnen, gefolgt von Tschechien und Zypern, deren Zuwachsraten ebenfalls unterhalb des EU-10-Durchschnitts lagen (Tabelle 3).

7 Streng genommen werden in der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission keine „Löhne“ sondern „Arbeitnehmerentgelte“ (definiert als Bruttolöhne plus Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung) ausgewiesen. Der hier im Folgenden verwendete Lohnbegriff umfasst demnach die gesamten Arbeitskosten.

8 Nach Angaben der EZB war die Lohndrift zwischen Tariflohn- und Effektivlohnsteigerung in der gesamten Eurozone in den letzten Jahren zumeist positiv. Dagegen existiert in Deutschland bereits seit den 90er Jahren in den meisten Tarifrunden eine negative Lohndrift, bei der die vereinbarten Tariflohnsteigerungen nicht mehr in Effektivlohnsteigerungen umgesetzt werden (Hein u.a. 2004, S. 73ff.).

9 Angesichts der im Herbst 2003 im Rahmen eines nationalen Sozialabkommens für 2004 und 2005 vereinbarten Nullrunden bei den tariflichen Grundvergütungen ist die Steigerung der Effektivlöhne jedoch immer noch erstaunlich hoch. Vgl. hierzu Schulten/Mühlhaupt (2003) sowie ETUC (2004).

**Abb. 1: Entwicklung der Löhne in den alten und neuen EU-Staaten (1995 = 100)**



Quelle: Europäische Kommission 2004a.

WSI Hans Böckler Stiftung

Die erheblichen nationalen Differenzen in den Nominallohnsteigerungen reflektieren zu einem Gutteil die unterschiedlichen Preisentwicklungen in den einzelnen Ländern. Demnach existiert bei der Entwicklung der Reallöhne in Europa eine deutlich geringere nationale Spannweite. Mit einer Reallohnsteigerung von 4,1% 2003 und 3,6% 2004 nimmt Griechenland innerhalb der alten EU die Spitzenposition ein. Deutlich über dem EU-15-Durchschnitt liegende Reallohnerhöhungen gab es darüber hinaus in Dänemark, Finnland, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden (2004). Die im Zeitraum 2003-2004 geringsten Reallohnzuwächse finden sich dagegen in Deutschland, Luxemburg und Portugal.

In den neuen EU-Staaten existieren in der Reallohnentwicklung nach wie vor erhebliche Unterschiede. Diese hängen zum einen mit der jeweiligen ökonomischen Entwicklungsdynamik in den einzelnen Ländern zusammen. Zum anderen deuten die teilweise relativ starken Schwankungen in den jährlichen Lohnzuwächsen darauf hin, dass viele ost- und mitteleuropäische Länder nach wie vor über nur schwach entwickelte Tarifvertragsstrukturen mit einer sehr geringen Tarifbindung verfügen und unter diesen Bedingungen eine Verstetigung der Lohnpolitik sehr schwierig ist. (Schulten 2004b). So mussten z.B. die Beschäftigten in der Slowakei in den Jahren 2003 und 2004 erhebliche Reallohnverluste hinnehmen, nachdem sie im Jahr zuvor eine Reallohnsteigerung von 9,5% erhielten.

Eher bescheidene bis gar keine Reallohnzuwächse gab es darüber hinaus in Malta, Polen und Zypern, während insbesondere 2003 Estland, Litauen und Ungarn sehr hohe Reallohnerhöhungen von 7% bis beinahe 9% verzeichneten.

Die Reallohnentwicklung in den neuen EU-Staaten lag insgesamt in den letzten Jahren zumeist deutlich über dem Niveau der alten EU und steht damit für einen anhaltenden ökonomischen Aufholprozess in diesen Ländern. Letzterer wird besonders deutlich, wenn man die Lohnentwicklung in den alten und den neuen EU-Staaten über einen längeren Zeitraum miteinander vergleicht (Abbildung 1). Während zwischen 1995 und 2004 die Nominallöhne in der neuen EU 10 um 151% anstiegen, wuchsen sie in der alten EU 15 lediglich um 24%. Auch bei einer Berücksichtigung der unterschiedlichen Preissteigerungsraten in beiden Ländergruppen lässt sich der lohnpolitische Aufholprozess der neuen EU-Staaten gut dokumentieren. So nahmen die Reallöhne im gleichen Zeitraum in der neuen EU 10 um fast 35% zu, während sie in der alten EU 15 gerade mal noch um 4% anstiegen. Das nach wie vor bestehende absolute Lohngefälle zwischen West- und Osteuropa ist weitgehend ein Ausdruck unterschiedlicher gesamtwirtschaftlicher Produktivitätsniveaus und wird sich mit der Annäherung der ökonomischen Leistungsfähigkeit ebenfalls weiter verringern (Brück u.a. 2004).

Der aus Arbeitnehmersicht wichtigste Indikator zur Bewertung der Lohnent-

wicklung besteht schließlich darin, inwieweit letztere in der Lage war, den neutralen Verteilungsspielraum aus Preis- und Produktivitätsentwicklung auszuschöpfen. Der Ausschöpfungsgrad kann hierbei durch die Verteilungsbilanz, d.h. dem Saldo aus Nominallohnentwicklung und neutralem Verteilungsspielraum, gemessen werden (Tabelle 3). Im Jahr 2003 haben die Lohnentwicklungen im Durchschnitt der alten EU zu einer positiven Verteilungsbilanz von 0,6 Prozentpunkten geführt und damit den ebenfalls leicht positiven Trend der vergangenen Jahre bestätigt. Insgesamt konnten 2003 elf alte EU-Länder eine positive Verteilungsbilanz vorweisen, gegenüber vier Ländern (Belgien, Deutschland, Finnland und Schweden) mit einer negativen Verteilungsbilanz. Mit einer positiven Verteilungsbilanz von 2,9 Prozentpunkten verzeichneten die Niederlande dabei die mit Abstand expansivste Lohnentwicklung.

Angesichts relativ konstanter Preis- und Nominallohnentwicklungen scheint in erster Linie die geringe Produktivitätsentwicklung für die positive Verteilungsbilanz verantwortlich zu sein. Es bestätigt sich einmal mehr das von früheren Konjunkturzyklen bekannte Bild, wonach die Lohnentwicklung immer erst mit einer gewissen Zeitverzögerung auf die konjunkturelle Entwicklung reagiert und es insofern im zyklischen Abschwung zu einer besonders hohen Ausschöpfung der Verteilungsspielräume kommt. Umgekehrt wird aufgrund der für 2004 erwarteten kräftigen Zunahme der Produktivität für die EU 15

mit durchschnittlich -0,5 Prozentpunkten wieder eine negative Verteilungsbilanz prognostiziert.

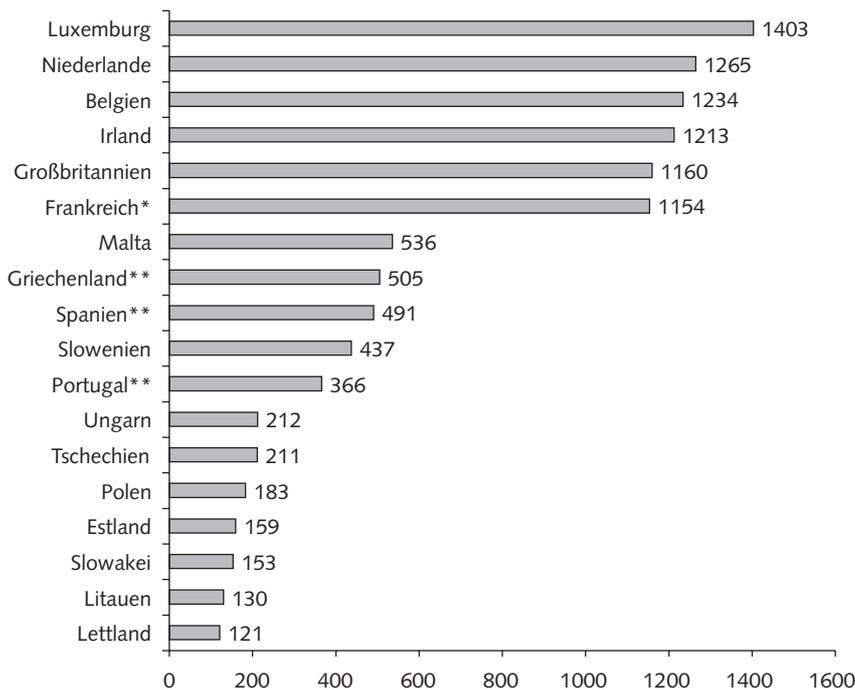
Die deutsche Lohnentwicklung nimmt hierbei in doppelter Hinsicht eine Sonderrolle ein. Zum einen ist Deutschland das einzige Land in der EU 15, das gegen den europäischen Trend auch im konjunkturellen Abschwung kontinuierlich eine negative Verteilungsbilanz vorzuweisen hatte. Zum anderen wird Deutschland auch im Aufschwungsjahr 2004 mit -1,3 Prozentpunkten die schlechteste Verteilungsbilanz in der alten EU prognostiziert. Wie kein anderes Land in Europa hat Deutschland danach in den letzten Jahren durch eine extrem zurückhaltende Lohnentwicklung seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der europäischen Nachbarländer verbessert.

Nach einer insgesamt positiven Verteilungsbilanz in den Jahren 2001 und 2002 war die Lohnpolitik in den neuen EU-Staaten 2003 und 2004 nicht mehr in der Lage, die durch ein hohes Produktivitätswachstum vergrößerten Verteilungsspielräume auszuschöpfen. Gegen diesen Trend entwickelten sich 2003 die Löhne in Ungarn und Estland, die mit einer extrem positiven Verteilungsbilanz von 5,8 bzw. 4,4 Prozentpunkten zu einer deutlichen Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmereinkommen beitrugen. Für 2004 wird dagegen lediglich für Estland noch eine positive Verteilungsbilanz prognostiziert. Die neuen EU-Staaten bleiben demnach trotz ihres massiven lohnpolitischen Aufholprozesses gegenüber der alten EU weiterhin hinter ihren eigenen ökonomischen Möglichkeiten zurück, was vor allem mit den zumeist relativ schwach entwickelten Tarifvertragsstrukturen in diesen Ländern zusammenhängen dürfte (Schulten 2004b).

### 3 Gesetzliche Mindestlöhne in Europa

In der großen Mehrheit von 18 der insgesamt 25 EU-Mitgliedsstaaten existiert gegenwärtig ein gesetzlicher Mindestlohn. Davon verfügen in der alten EU neun Staaten über eine entsprechende gesetzliche Regelung. Neben Deutschland sind es die skandinavischen Länder Dänemark, Schweden und Finnland sowie Österreich und Italien, die sich vor allem aufgrund

**Abb. 2: Monatliche gesetzliche Mindestlöhne in Euro**  
(Stand: Juli 2004)



\* auf der Basis einer 35-Stunden-Woche; \*\* nur für ungelernete Arbeitnehmer..

Quelle: Federation of European Employers.

WSI Hans Böckler Stiftung

ihrer besonders ausgeprägten Tradition von Tarifautonomie sowie ihrer vergleichsweise relativ umfassenden Tarifvertragssysteme bislang gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ausgesprochen haben. Während in der Mehrzahl der übrigen EU-Staaten der gesetzliche Mindestlohn bereits über eine sehr lange Tradition verfügt, wurde er in Großbritannien und Irland erst Ende der 90er Jahre als Reaktion auf eine abnehmende tarifliche Deckungsrate und einen zunehmenden Niedriglohnsektor eingeführt. In den neuen EU-Staaten existiert bis auf Zypern überall ein gesetzlicher Mindestlohn.

Im Hinblick auf ihr absolutes Niveau zeigen die verschiedenen nationalen Mindestlöhne sehr große Unterschiede (Abbildung 2). Insgesamt lassen sich drei Ländergruppen unterscheiden: Zur ersten Gruppe gehören mit Luxemburg, Niederlande, Belgien, Irland, Großbritannien und Frankreich insgesamt sechs Staaten aus der alten EU, die mit monatlichen Mindestlöhnen zwischen 1.155 und 1.403 € über ein relativ hohes gesetzliches Mindestlohnniveau verfügen. Zu einer zweiten mittleren Gruppe gehören die übrigen alten EU-Staaten Griechenland, Spanien und Portugal sowie Malta und Slowenien, in denen die gesetz-

lichen Mindestlöhne zwischen 366 und 536 € monatlich liegen. Die meisten neuen EU-Staaten finden sich schließlich in einer dritten Gruppe mit sehr niedrigen monatlichen Mindestlöhnen zwischen 212 € in Ungarn und 121 € in Lettland.<sup>10</sup>

Obwohl der gesetzliche Mindestlohn letztendlich durch die jeweiligen Regierungen festgelegt wird, ist er de facto in fast allen Ländern das Ergebnis mehr oder weniger formalisierter Verhandlungen zwischen den Staaten und den Tarifvertragsparteien (Burgess 2003). In Belgien und Griechenland wird der Mindestlohn sogar

<sup>10</sup> Der Aussagewert der hier in Euro vorgenommenen Betrachtung der gesetzlichen Mindestlöhne unterliegt jedoch zweierlei Einschränkungen: Zum einen können Verschiebungen in den Wechselkursen zwischen Euro und den nationalen Währungen die bestehenden Niveauunterschiede stark beeinflussen. Zum anderen sagen die in Euro ausgewiesenen Mindestlöhne nichts darüber aus, welche Kaufkraft in den einzelnen Ländern damit verbunden ist. Ältere Berechnungen der Mindestlöhne in Kaufkraftstandards haben dagegen gezeigt, dass die nationalen Niveauunterschiede hierbei deutlich geringer ausfallen (Clare/Paternoster 2003).

**Tabelle 4: Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne (in %)**

	2002	2003
<b>Alte EU-Staaten</b>		
Belgien	2,0	2,0
Frankreich	2,4	5,3
Griechenland	5,4	3,9
Großbritannien	2,4	7,1
Irland	6,4	6,4
Luxemburg	2,5	6,0
Niederlande	4,3	2,7
Portugal	4,1	2,5
Spanien	2,0	2,0
<b>Neue EU-Staaten</b>		
Estland	15,6	16,8
Lettland	0,0	16,6
Malta	3,0	3,4
Polen	0,0	8,4
Slowakei	13,2	9,2
Slowenien	11,5	9,0
Ungarn	40,9	0,0

Quelle: Carley (2004a) **WSI** Hans Böckler Stiftung

explizit durch eine nationale Tarifvereinbarung festgelegt. In den übrigen Ländern bestehen dagegen zahlreiche bi- und tripartistische Institutionen, die mehr oder weniger verbindliche Empfehlungen für die Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne aussprechen. In vielen neuen EU-Staaten ist die Festlegung des gesetzlichen Mindestlohns explizit Gegenstand tripartistischer Vereinbarungen auf nationaler Ebene (Tóth/Neumann 2004).

In den Jahren 2002 und 2003 kam es in vielen Ländern zu einem relativ hohen Anstieg der gesetzlichen Mindestlöhne, die teilweise deutlich über den Erhöhungen der Nominallöhne lagen und damit einen bestimmten Nachholbedarf signalisierten (Tabelle 4; Carley 2004a). Spitzenreiter in der alten EU war Großbritannien, wo der gesetzliche Mindestlohn 2003 um 7,1 % angehoben wurde, gefolgt von Irland und Luxemburg mit 6,4 % bzw. 6,0 %. Deutlich unterhalb des Niveaus der allgemeinen Nominallohnezuwächse blieb die Erhöhung der Mindestlöhne dagegen in Belgien und Spanien. In den neuen EU-Staaten lag der Anstieg der Mindestlöhne dagegen in der Regel ebenfalls deutlich oberhalb der durchschnittlichen Nominallohnerhöhungen, womit dem absolut gesehen immer noch sehr niedrigem Mindestlohnniveau in diesen Ländern Rechnung getragen wurde.

Gesetzliche Mindestlöhne werden mittlerweile von vielen europäischen Gewerkschaften als ein wichtiges Instrument

**Tabelle 5: Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten in der Europäischen Union (in Stunden)**

	Tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeit (2003)	Effektive Arbeitszeit (2002)*	Differenz zwischen tarifvertraglich vereinbarter und effektiver Arbeitszeit
<b>Alte EU-Staaten</b>			
Griechenland	40,0	41,0	1,0
Irland	39,0	39,5	0,5
Luxemburg	39,0	39,5	0,5
Portugal	39,0	40,3	1,3
Schweden	38,8	39,9	1,1
Österreich	38,5	40,0	1,5
Spanien	38,5	40,4	1,9
Belgien	38,0	39,3	1,3
Italien	38,0	38,5	0,5
<b>Deutschland</b>	<b>37,7</b>	<b>39,9</b>	<b>2,2</b>
Finnland	37,5	39,2	1,7
Großbritannien	37,2	43,3	6,1
Dänemark	37,0	39,1	2,1
Niederlande	37,0	38,9	1,9
Frankreich	35,0	37,7	2,7
<b>Neue EU-Staaten</b>			
Estland	40,0	41,1	1,1
Lettland	40,0	43,6	3,6
Malta	40,0	40,4	0,4
Polen	40,0	41,6	1,6
Slowenien	40,0	41,6	1,6
Tschechien	40,0	k.A.	k.A.
Ungarn	40,0	40,9	0,9
Slowakei	38,5	41,8	3,3
Zypern	38,0	40,0	2,0

\* von Vollzeitbeschäftigten  
Quelle: Carley (2004b), eigene Berechnungen **WSI** Hans Böckler Stiftung

zur Begrenzung des Niedriglohnsektors angesehen. Dies gilt in besonderer Weise auch für die neuen EU-Staaten, wo angesichts schwacher Tarifvertragssysteme mit geringer Tarifbindung der gesetzliche Mindestlohn eine wichtige Regulierungsfunktion übernimmt. Aber auch in vielen alten EU-Staaten bildet der gesetzliche Mindestlohn vielen Beschäftigten einen Schutz, der ihnen allein mit tarifvertraglichen Mitteln nicht gewährt werden könnte. Schließlich hat auch der Europäische Gewerkschaftsbund den Widerstand gegen einen sich europaweit ausbreitenden Niedriglohnsektor zu einem zentralen Thema für eine europäische Koordinierung der Tarifpolitik erklärt (EGB 2001). Noch einen Schritt weiter sind die französischen Sozialisten gegangen, die in ihrem Wahlprogramm für die Europawahl 2004 die Einführung eines „europäischen Mindestlohns“ gefordert haben (Parti Socialiste 2004).<sup>11</sup>

## 4 Arbeitszeiten in Europa

Neben der Entwicklung der Löhne gehört die Regulierung der Arbeitszeit zu den wichtigsten Themen der Tarifpolitik. Im Jahr 2003 lag die tarifvertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit im Durchschnitt der alten EU bei etwa 38 Stunden (Carley 2004b). Die tarifvertraglichen Arbeitszeitstandards variierten dabei zwischen 35 Stunden in Frankreich und 40 Stunden in Griechenland (Tabelle 5). Deutschland befindet sich mit einer durchschnittlichen tarifvertraglichen Wochenarbeitszeit von 37,7 Stunden im europäischen Mittelfeld.

<sup>11</sup> Vgl. zu dieser Forderung auch den Beitrag von *Filolche* (2004), der die Idee eines „europäischen Mindestlohns“ dahingehend konkretisiert hat, dass er eine europäische Vereinbarung vorschlägt, wonach bis zum Jahr 2010 eine in Kaufkraftstandards gemessene Konvergenz der nationalen Mindestlöhne angestrebt werden soll.

In den neuen EU-Staaten dominiert dagegen mit Ausnahme der Slowakei und Zypern nach wie vor die 40-Stunden-Woche. Aufgrund der relativ schwachen Tarifvertragsstrukturen wird in diesen Ländern die Arbeitszeit insgesamt weniger durch die Tarifverträge als durch bestehende Arbeitszeitgesetze reguliert.

Im Gegensatz zu den tarifvertraglich vereinbarten Wochenarbeitszeiten lag die effektive Wochenarbeitszeit im Jahr 2002 im Durchschnitt der alten EU bei knapp 40 Stunden und in den neuen EU-Staaten bei 41,5 Stunden. Die längsten effektiven Arbeitszeiten in der alten EU fanden sich mit 43,3 Stunden pro Woche in Großbritannien, wo zugleich die mit mehr als 6 Stunden größte Differenz zwischen tarifvertraglicher und effektiver Wochenarbeitszeit zu verzeichnen waren, was in erster Linie an der mit nur 36% äußerst niedrigen Tarifbindung liegen dürfte (Schulten 2004b). Die kürzesten effektiven Wochenarbeitszeiten existierten mit 37,7 Stunden in Frankreich und 38,9 Stunden in den Niederlanden. Deutschland bewegte sich mit 39,9 Stunden auch bei der effektiven Wochenarbeitszeit im europäischen Mittelfeld.

Sieht man von der Einführung der 35-Stunden Woche in Frankreich am Ende der 90er Jahre und der 2003 erfolgten Reduzierung der tariflichen Wochenarbeitszeit von 39 auf 38 Stunden in Belgien einmal ab, so spielte das Thema Arbeitszeitverkürzung in den Tarifrunden der letzten Jahre kaum eine Rolle (Carley 2004b). Der 2003 gescheiterte Versuch zur Einführung der 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Metallindustrie sowie die seither anhaltenden Forderungen von Teilen der deutschen Arbeitgeber nach einer Rückkehr zur 40-Stunden-Woche wird im Gegenteil über die Grenzen Deutschlands hinweg vielfach als Indiz für einen erneuten arbeitszeitpolitischen Paradigmenwechsel hin zu längeren Arbeitszeiten gewertet.<sup>12</sup>

## 5

### Fazit: Tarifpolitik 2003/2004 in Europa

In der Tarifrunde 2003 ist es den Gewerkschaften in den meisten Ländern der alten EU gelungen, die nationalen Verteilungsspielräume auszuschöpfen bzw. teilweise sogar deutlich zu übertreffen. Verantwortlich hierfür war allerdings keineswegs eine

besonders expansive Lohnpolitik, sondern eine äußerst schwache Wachstums- und Produktivitätsentwicklung. Angesichts des sich abzeichnenden konjunkturellen Aufschwungs werden denn auch für die Tarifrunde 2004 wieder überwiegend negative Verteilungsbilanzen prognostiziert. Damit entspricht die reale Lohnentwicklung wieder der von der Europäischen Kommission in ihren „Grundzügen der Wirtschaftspolitik“ fast schon routinemäßig geforderten „moderaten Lohnpolitik“ (zuletzt: Europäische Kommission 2003).<sup>13</sup>

Gegen diese Forderung spricht hingegen, dass der erwartete konjunkturelle Aufschwung – insbesondere in der Eurozone – recht verhalten ausfallen und am Arbeitsmarkt weitgehend vorbeigehen wird. Letzteres liegt vor allem an der nach wie vor äußerst schwachen Binnennachfrage und „es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Konsumschwäche im Euroraum in naher Zukunft überwunden wird“ (Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute 2004, S. 240). Geringe Lohnzuwächse sowie eine durch die diversen Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreformen in die Höhe getriebene Sparquote tragen im Gegenteil dazu bei, dass sich die schwache Binnenkonjunktur weiter verfestigt.

In mehrfacher Hinsicht besonders prekär ist dabei die Situation in Deutschland, das alleine knapp ein Viertel des EU-weiten Sozialprodukts auf sich vereinigt und damit die ökonomische Entwicklung in ganz Europa beeinflusst. Auffällig ist, dass Deutschland in den letzten Jahren nicht nur eine der schlechtesten Wachstums- und Beschäftigungsperformance aufweist, sondern zugleich auch die niedrigsten Lohnsteigerungsraten zu verzeichnen hatte. Auch für 2004 wird Deutschland einmal mehr das niedrigste Nominal- und Reallohnwachstum und die schlechteste Verteilungsbilanz in der alten EU prognostiziert.<sup>14</sup>

Angesichts der anhaltend schwachen Binnenkonjunktur wäre dagegen gerade auch in Deutschland eine deutlich expansive Lohn- und Tarifpolitik notwendig, die dauerhaft in der Lage ist, die gegebenen Verteilungsspielräume auszuschöpfen und damit die private Konsumnachfrage zu stabilisieren. Demgegenüber steht die Logik eines europaweiten Standortwettbewerbs, in dem die Löhne auf einen betriebswirtschaftlichen Kostenfaktor reduziert werden und bei dem den Beschäftigten nicht viel

mehr übrig bleibt, als zur (zumindest zeitweiligen) Rettung ihrer Arbeitsplätze ein soziales Zugeständnis nach dem anderen zu machen. Die in vielen europäischen Ländern aktuell erhobene Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit macht exemplarisch in aller Klarheit deutlich, dass ohne eine verstärkte europäische Koordinierung der Tarifpolitik ein arbeitszeit- und lohnpolitischer Unterbietungswettbewerb auf Dauer nicht zu verhindern sein wird.

<sup>12</sup> Nachdem im Sommer 2004 die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich in zwei Siemens-Werken in Deutschland zu massiven Forderungen nach generellen Arbeitszeitverlängerungen geführt hat, hat der konservative französische Wirtschaftsminister *Nicolas Sarkozy* dies zum Anlass genommen, eine „grundlegende Reform“ der 35-Stunden-Woche in Frankreich einzufordern (*Le Monde* vom 1. Juli 2004). In den Niederlanden hat die konservative Regierung unter Bezug auf die deutsche Debatte die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche im öffentlichen Sektor gefordert (*Volkskrant* vom 25. Juni 2004). Vertreter des belgischen Arbeitgeberverbandes VBO haben unter Berufung auf den Siemens-Fall die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche in Belgien gefordert (*De Tijd* vom 29. Juni 2004). Schließlich haben sich auch in Österreich mehrere prominente Arbeitgebervertreter (darunter der Präsident der Industriellenvereinigung *Veit Sorger*) dafür ausgesprochen, dass die 40-Stunden-Woche „nicht länger ein Tabu sein darf“ (*Die Presse* vom 1. Juli 2004).

<sup>13</sup> Besonders merkwürdig mutete die Tatsache an, dass die Europäische Kommission gegenüber den neuen EU-Staaten, die in ihrem lohnpolitischen Aufholprozess deutlich hinter ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit zurückgeblieben sind, ebenfalls nichts anderes als die immer wiederkehrende Forderung nach einer zurückhaltenden Lohnpolitik formuliert (Europäische Kommission 2004c).

<sup>14</sup> Zur aktuellen Tarifrunde in Deutschland vgl. den Beitrag von *Reinhard Bispinck* in diesem Heft.

- Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute** (2004): Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2004, in: DIW-Wochenbericht 18, S. 231-278
- Bartsch, K./Hein, E./Hirschel, D./Mühlhaupt, B./Truger, A.** (2003): WSI Konjunkturbericht 2003: Mit koordinierter Makropolitik gegen die Stagnation! in: WSI-Mitteilungen 12, S. 695-711
- Brück, T./Brücker, H./Engerer, H./von Hirschhausen, C./Schrotten, M./Schumacher, D./Thießen, U./Trabold, H.** (2004): EU-Osterweiterung: Klare Herausforderungen, unberechtigte Ängste, in: DIW-Wochenbericht 17, S. 213-221
- Burgess, P.** (2003): Mindeststandards für Arbeitseinkommen – ein europäischer Überblick zu Allgemeinverbindlichkeit und gesetzlichem Mindestlohn, in: WSI-Mitteilungen 7, S. 436-444
- Carley, M.** (2004a): Pay Developments – 2003, in: EIROnline [www.eiro.eurofound.eu.int/2004/03/update/tn0403103u.html]
- Carley, M.** (2004b): Working Time Developments – 2003, in: EIROnline [www.eiro.eurofound.eu.int/2004/03/update/tn0403104u.html]
- Clare, R./Paternoster, A.** (2003): Mindestlöhne. EU-Mitgliedstaaten und Kandidatenländer, Januar 2003, in: Eurostat (Hrsg.), Statistik kurz gefasst, Reihe Bevölkerung und soziale Bedingungen 10
- EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund)** (2001): Koordinierung der Tarifverhandlungen, Entschließung des EGB-Exekutivausschusses vom 14. Dezember [www.boeckler.de/pdf/ta\_egb\_koordinierung\_tarifverhandlungen\_%202001.pdf].
- ETUC (European Trade Union Confederation)** (2003): ETUC Report on the Coordination of Collective Bargaining in Europe, Brüssel Dezember
- ETUC** (2004): Collective Bargaining Newsletter January [www.etuc.org/ETUI/CBEurope/features/January\_04.cfm].
- Europäische Kommission** (2003): Empfehlung für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft (im Zeitraum 2003-2005), Brüssel, den 8. April, KOM(2003) 170 endgültig.
- Europäische Kommission** (2004a): Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft, Frühjahr 2004 [europa.eu.int/comm/economy\_finance/publications/european\_economy/2004/statannex0104\_de.pdf]
- Europäische Kommission** (2004b): Economic Forecasts, Spring [europa.eu.int/comm/economy\_finance/publications/european\_economy/2004/ee204en.pdf]
- Europäische Kommission** (2004c): Empfehlung für die 2004 aktualisierten Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft (im Zeitraum 2003-2005), Brüssel, den 7. April, KOM (2004) 238
- EZB (Europäische Zentralbank)** (2004): Monatsbericht Juni
- Filoch, G.** (2004): L'Europe et le Smic Unique Européen, in: Démocratie & Socialisme, 4. Juni [www.democratie-socialisme.org/article.php?id\_article=415]
- Hein, E./Schulten, T./Truger, A.** (2004): Lohnentwicklung und Deflationsgefahren in Deutschland und Europa, in: Prokla 134, S. 61-83
- Parti Socialiste** (2004): Une Ambition Socialiste pour l'Europe, Texte adopté par le Conseil National du Parti Socialiste du 17 Avril 2004 pour les Elections Européennes [www.parti-socialiste.fr/doc\_pdf/txt\_euro\_cn.pdf]
- Schulten, T.** (2002): Tarifpolitik in Europa 2001/2002 – 2. Europäischer Tarifbericht des WSI, in: WSI-Mitteilungen 7, S. 383-388
- Schulten, T.** (2004a): Solidarische Lohnpolitik in Europa. Zur Politischen Ökonomie der Gewerkschaften, Hamburg
- Schulten, T.** (2004b): (Flächen-)Tarifvertragssysteme in Europa, in: WSI (Hrsg.), WSI-Handbuch 2004, Frankfurt a.M., S. 43-64
- Schulten, T./Mühlhaupt, B.** (2003): Nullrunden in den Niederlanden, in: Die Mitbestimmung 12, S. 44-47
- Tóth, A./Neumann, L.** (2004): National-level Tripartism and EMU in the new EU Member States and Candidate Countries, in: EIROnline [www.eiro.eurofound.eu.int/2004/03/study/tn0403102s.html]